

Bundesminister für Inneres
Mag. Wolfgang Sobotka

Zahl:
BMI-LR2230/0060-I/7/2017
zur Veröffentlichung bestimmt

46/4.3

Betrifft: Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister am 18. Mai 2017 in Brüssel.

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 18. Mai 2017 fand in Brüssel eine Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union statt. Für Österreich nahm der Bundesminister für Inneres, Mag. Wolfgang Sobotka, teil.

Auf der Tagesordnung standen ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums fallende Punkte. Zu diesen wird wie folgt berichtet:

- Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Solidarität**

Der Vorsitz fasste die teilweise informelle Debatte dahingehend zusammen, dass noch kein abschließendes Ergebnis vorliege. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach sich dagegen aus, Migranten im Rahmen von Relokation zu übernehmen, die aus sicheren Drittstaaten kommen, mit denen die EU Rückkehrabkommen hat.

Die Verhandlungen werden noch unter Maltesischem Vorsitz fortgeführt.

Der Rat am 8./9. Juni solle Hauptelemente zur Verantwortlichkeit und Solidarität definieren.

- Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität**

Der EU Politikzyklus („Policy Cycle“) 2018-2021 gegen schweres und organisiertes Verbrechen wird fortgeführt.

Zehn prioritäre Felder (Cybercrime, Drogen, illegale Migration, organisierte Eigentumskriminalität, Menschenhandel, Vorsteuerbetrug, Schusswaffen, Umweltkriminalität, Geldwäsche und Dokumentenbetrug) für die gemeinsame Verbrechensbekämpfung wurden im Rahmen des EU Politikzyklus festgelegt.

- **Sonstiges**

Die Europäische Kommission berichtete über die laufenden Verhandlungen mit den USA bezüglich einer möglichen Ausweitung des beabsichtigten Verbots von elektronischen Geräten an Bord von Flugzeugen bei Flügen in die USA.

Österreich unterstützt grundsätzlich die Verhandlungen der Europäischen Kommission gegenüber den USA. Bezuglich des von den USA geplanten Laptop-Verbots auf Flügen in die USA bedarf es einer akkordierten europäischen Vorgangsweise.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 13. Juni 2017

BM Mag. Wolfgang Sobotka